Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964
1932

188 (13.8.1932)

Visual Library

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,70 Mark. Einzelnummer und Belagblatt 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Buchdruckerei A. Dups, Durlach, Mittelstr. 6. Fernsprecher 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10101.

Anzeigenberechnung: Die 8gespaltene Millimeterzeile 8 Pfennig, Reklamezeile 25 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nachm. 4 Uhr, für dringliche Familienanzeigen am Erscheinungstag ½9 Uhr vorm. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 188 — **Samstag, den 13. August 1932** — **104. Jahrgang**

Kurze Tagesübersicht

Die Verhandlungen über eine Umbildung des Reichskabinetts sind am Freitag nicht weiter gediehen. Ein Termin für den Empfang Adolf Hitlers steht noch nicht fest, da Hitler noch nicht in Berlin eingetroffen ist.

*

Wie verlautet, werden die geplanten Besprechungen über die Frage der Preußenregierung zwischen Nationalsozialisten, Deutschnationalen und Zentrum nicht stattfinden, ehe die Rücksprache des Reichskanzlers mit Adolf Hitler stattgefunden und eine Klärung der Lage gebracht hat.

*

Der Herr Reichspräsident empfing Freitag nachmittag den Reichskanzler von Papen zum Vortrag über die politische Lage.

*

In einer programmatischen Rede des amerikanischen Präsidenten Hoover wandte sich dieser ganz entschieden gegen eine völlige Streichung der Kriegsschulden. Er verband die Frage der Abrüstung eng mit jener der Schuldenrevision.

*

In der Mandschurei fordert die Ueberschwemmungskatastrophe des Sungari riesige Menschenopfer. In dem Unglücksgebiet ist auch noch die Cholera ausgebrochen.

*

Am Freitag empfing der Reichskanzler die nationalsozialistischen Abgg. Röhm und Graf Helldorf. Am Samstag vormittag wird der Empfang Adolf Hitlers beim Reichskanzler und Reichspräsidenten stattfinden.

*

Piccards Start zum Stratosphärenflug ist wegen der ungünstigen Wetterlage verschoben worden.

*

In die Warenhäuser von Tietz und Woolworth in Krefeld wurden Tränengasbomben geworfen. Die Käufer und das Personal mußten ins Freie flüchten.

*

In einem Erlaß Brachts gegen sittliche Entartungserscheinungen werden alle Aktdarstellungen in Theatern und Revuen verboten.

*

In ganz Preußen wurden am Freitag in den Geschäftsstellen der K.P.D. Haussuchungen durchgeführt.

*

Bolivien hat die Bedingungen der Panamerikanischen Union auf Einstellung der Feindseligkeiten mit Paraguay angenommen.

*

Für die beste deutsche Leistung beim Europa-Rundflug hat der Reichspräsident einen Ehrenpreis gestiftet und zum Ausdruck gebracht, daß die Spannung internationaler Preise solange nicht möglich erscheint, als Deutschland auf dem Gebiet der Luftfahrt nicht dieselben Rechte hat wie die anderen Völker.

Umschau.

Präsidial- oder Parlamentsregierung? — Der Aufmarsch der Parteien. — Reformprogramm statt Verfassungsfeier.

):(Durlach, 13. August.

Den Ernst und die Zuspitzung der politischen Lage kennzeichneten in dieser Woche sowohl die von der Reichsregierung erlassenen scharfen Maßnahmen gegen den politischen Terror wie die gleichzeitig damit auf breiter Front nun erst in Gang gekommenen Auseinandersetzungen darüber, wie die Machtverteilung innerhalb der Reichsregierung geregelt werden soll. Nach dem Ausfall der Reichstagswahl wurde ein Rücktritt der Regierung v. Papen als nicht in Frage kommend bezeichnet, da ja die Linke, auch einschließlich des Zentrums, keine Mehrheit hätte, aber ebensowenig natürlich ist eine parlamentarische Rechtsregierung möglich, weil die Rechte sich in gleicher Lage befände. Das Zentrum hat also die Hälfte seiner Schlüsselstellung sich erhalten und eine Regierung, die sich auf die Rechtsparteien stützt, braucht auch, um vor dem Reichstag bestehen zu können, Tolerierung des Zentrums. Die Stellung der Regierung von Papen — zusammen mit dem Reichspräsidenten und dessen großen verfassungsmäßigen Befugnissen — wird mit Recht als stark bezeichnet. Es wird gesagt: Nach einem Scheitern der Verhandlungen mit der Rechten oder bei Schwierigkeiten durch das Zentrum wäre sie in der Lage, auch ohne Umbildung vor den Reichstag treten. Käme dort auch ein Mißtrauensvotum aus ganz uneinheitlichen Fronten heraus zustande, so würden zwar neue Schwierigkeiten entstehen, aber der Reichspräsident würde dafür sorgen, auch unter einer neuen Reichstagsauflösung evl. unter einer verfassungsändernden Volksbefragung, daß das Deutsche Reich weiter eine Regierung hat.

*

Der Aufmarsch der Parteien zum Kampf um die Macht in der Reichsregierung und im Reich begann Mitte der Woche sichtbar zu werden. Unklar blieb zunächst die Haltung der Nationalsozialisten, trotzdem schließlich parteiamtlich von dieser Seite die Forderung erhoben wurde, Hitler müsse das Reichskanzleramt erhalten. Während aber die Parteipresse der äußersten Rechten ohne weiteres die Führung der Regierungsgeschäfte und die Auslieferung der gesamten Macht an die nationalsozialistische Partei forderte, schien Hitler selbst trotzdem dem Gedanken eines Präsidialkabinetts, also einer in erster Linie auf dem Vertrauen des Reichspräsidenten von Hindenburg beruhenden, aber von den Parteien mit ihren Vertrauensleuten beschickten Regierung zuzustimmen. Da ergab sich freilich gleich der Widerspruch, wie Hitler als künftiger Reichskanzler gleichzeitig auch Führer einer Partei sein kann, deren Hauptprogramm doch die Gesamtergreifung der Macht im Staat nach italienischem Vorbild ist. Die nationalsozialistische Presse erklärte kurzerhand, daß die N.S.D.A.P. keine Partei, sondern eine Volksbewegung sei und daß auch mit Hitler an der Spitze eine überparteiliche Reichsregierung im Sinne des Reichspräsidenten möglich sei.

Zu den eindeutigsten Verfechtern eines Präsidialkabinets, gewiß unter Umbildung der gegenwärtigen Regierung von Papen, gehört die Deutschnationale Partei. Ihre Presse wandte sich zunächst gegen ein Kabinett Hitler, da dies ja nur mit Bildung des Zentrums möglich wäre und einen parlamentarischen Kuhhandel erfordern würde, „einen Rückfall in überlebte Methoden", an dem die Deutschnationalen uninteressiert seien.

Das Zentrum, das man fragen muß, gleichgültig ob es nun zu einem wirklichen Präsidialkabinett kommt, oder ob man tatsächlich den Wünschen der Nationalsozialisten mehr oder weniger nachzukommen versucht, hat erklären lassen, es sei gerade sein Wunsch, daß Hitler mit der Verantwortung belasttet werde. Die Forderungen des Zentrums gehen aber eigentlich auf eine formelle Koalition, nicht lediglich auf die Tolerierung einer Regierung Hitlers hinaus. Aber man zeigte sich auch bereit, eine solche Regierung unter nationalsozialistischer Beteiligung zunächst arbeiten zu lassen, seine weitere Haltung sich aber für die Zukunft vorzubehalten.

*

Der Gegenspieler der Parteien war von vornherein die gegenwärtige Reichsregierung als Präsidialkabinett, gestützt auf den Reichspräsidenten Hindenburg. Der Reichswehrminister, General von Schleicher, der ja von den Mitgliedern der Reichsregierung den Nationalsozialisten am nächsten steht, hatte in der ersten Hälfte der Woche mit Hitler eine vorfühlende Besprechung, in der folgender Standpunkt dem Führer der nationalsozialistischen Partei klar gemacht worden sein soll: Der Reichspräsident will den Präsidialeinfluß auf die Regierung erhalten und ist dazu gezwungen wegen der Mehrheitsverhältnisse im Reichsparlament und, um an der Reichsverfassung festzuhalten. Er verlangt Sicherungen und Verpflichtungen vonseiten der Nationalsozialisten, bei deren Nichteinhaltung ein etwaiges Bündnis sein Ende finden mußte. Vor allem die Zusage, daß die nationalsozialistischen Organisationen weder Polizeidienste, noch gar Eingriffe in das militärische Gebiet, das Gebiet des Reichswehrministers, vornehmen. Von Schleicher soll auch Herrn Hitler zum Ausdruck gebracht haben, daß Hindenburg kraft seiner Präsidialgewalt jederzeit wieder imstande wäre, Hitler als Kanzler die Macht wieder abzunehmen, wenn die verlangten Zusagen nicht gehalten würden.

Jedenfalls kann man sich auf die Treue des Reichspräsidenten zur Verfassung des deutschen Reiches verlassen. Hindenburg wird nicht die Hand zu einem Staatsstreich bieten. Auch die Reichsregierung hat bei der Verfassungsfeier die Verfassung als die Grundlage erklärt, „auf der alle stehen müssen, die einen deutschen Staat überhaupt bejahen". Freilich hat dann der Reichsinnenminister an Stelle einer Festrede ein Reformprogramm für die Weimarer Verfassung entwickelt, das in seinen Einzelheiten übrigens in weitesten Kreisen Zustimmung finden wird, ausgenommen vielleicht in dem Punkt betr. Herbeiführung einer Einheitsregierung für Preußen u. das Reich, aus der man trotz gegenteiliger Zusicherungen das Ministers bei uns im Süden zentralist. Tendenzen befürchten muß. Auch die Verfassungsfeier in der badischen Landeshauptstadt hat eine Rede des Rektors der Karlsruher Hochschule, Professor Dr. Holl, gebracht, die gleichfalls die Notwendigkeiten von Reformen der Verfassung betonte und das Weimarer Werk „eine geprägte Form, die lebend sich entwickelt", nannte.

Pause in den Regierungsverhandlungen

Noch kein Zeitpunkt für den Empfang Hitlers

Berlin, 12. Aug. Wie wir erfahren, ist **noch kein Zeitpunkt für den Empfang Hitlers** beim Reichskanzler und beim Reichspräsidenten festgesetzt worden. In politischen Kreisen wird als möglich bezeichnet, daß der Empfang Hitlers, der noch nicht in Berlin anwesend ist, am morgigen Samstag vor sich geht, aber auch das ist keineswegs sicher. Es ist schwer zu sagen, ob die Verzögerung in irgendeinem Zusammenhang mit dem überraschenden Vorstoß, den das **Zentrum** in der Frage der preußischen Regierungsbildung gestern unternommen hat, steht. Besteht dieser Zusammenhang, so wäre es sogar denkbar, daß die Besprechung zwischen dem Kanzler und Hitler **bis in die nächste Woche hinein verschoben wird,** weil man dann übersehen kann, was bei der Fühlungnahme zwischen dem Zentrum, den Nationalsozialisten und den Deutschnationalen herausgekommen sein wird. In parlamentarisch eingestellten Kreisen beurteilt man **die Aussichten des Zentrumsschrittes recht skeptisch.** Die Ueberraschung einer Einigung in der preußischen Frage ist möglich; sie würde den Versuch einer Mehrheitsbildung im Reich zur Folge haben. Sollten diese Bemühungen dagegen scheitern, so wäre die Feststellung der **Unmöglichkeit einer parlamentarischen Regierungsbildung bereits vorweggenommen.** Aus dem Empfang Hitlers würde sich dann die letzte Klärung ergeben müssen.

*

Noch keine Regierungsentscheidung in Preußen

Berlin, 12. Aug. Wie das Nachrichtenbüro des VdZ. in gut unterrichteten parlamentarischen Kreisen hört, ist nicht damit zu rechnen, **daß vor der Rücksprache Adolf Hitlers mit dem Reichskanzler auch in der Frage der preußischen Regierungsbildung eine Entscheidung fällt.** Die Nationalsozialisten scheinen unter Hinweis auf die innere Verbundenheit der Neubildung der Regierungen im Reich und in Preußen nicht gewillt zu sein, der Zentrumseinladung zu Besprechungen über die preußische Frage vor einer Entscheidung durch Adolf Hitler Folge zu leisten. Jedenfalls wird bekannt, daß auch am Montag kommender Woche die geplante Unterhaltung zwischen Deutschnationalen, Nationalsozialisten und Zentrum in Preußen nicht erfolgen kann, weil die Deutschnationalen und die Nationalsozialisten der Zentrumsfraktion erklärt haben, daß sie zu dem vorgeschriebenen Zeitpunkt Vertreter nicht entsenden könnten.

*

Hitler Samstag beim Reichskanzler und beim Reichspräsidenten

T.U. **Berlin,** 12. Aug. Reichskanzler von Papen empfing am Freitag den Besuch der nationalsozialistischen Abgeordneten Böhm und Graf Helldorf, die die Besprechung des Reichskanzlers mit Adolf Hitler vorbereiten sollten. Adolf Hitler wird im Laufe des Samstag vormittag sowohl vom Reichskanzler wie auch vom Reichspräsidenten empfangen werden. Nach dem Besuch der nationalsozialistischen Abgeordneten begab sich, wie berichtet, der Reichskanzler zum Reichspräsidenten, um ihm über die Lage Bericht zu erstatten.

Es ist anzunehmen, daß der Reichskanzler auch den nationalsozialistischen Abgeordneten gegenüber die bisher verfolgte Linie eines Präsidialkabinetts eingehalten hat, wonach sich am Charakter des gegenwärtigen Kabinetts als solchem nicht zu ändern habe. In unterrichteten Kreisen verweist man in diesem Zusammenhang auf die Tatsache, daß die Einladung der Zentrumsfraktion des Preußischen Landtages für Montag zu Verhandlungen über die Regierungsbildung in Preußen von der nationalsozialistischen Fraktion abgesagt worden ist, „da das ausschließlich Sache des Parteiführers Adolf Hitlers sei". Man darf daraus schließen, daß Adolf Hitler Koalitionsverhandlungen sowohl im Reich wie auch in Preußen ablehnt und mit dem Grundgedanken eines Präsidialkabinetts als solchem einverstanden ist.

Röhm und Graf Helldorf auch bei Schleicher und Dr. Meißner.

T.U. **Berlin,** 12. Aug. Der Reichsleiter der S.A. Röhm und der S.A.-Führer für Berlin, Graf Helldorf, hatten am Freitag außer mit Reichskanzler von Papen auch mit Reichswehrminister Schleicher und dem Staatssekretär beim Reichspräsidenten, Dr. Meißner, Vorbesprechungen.

Der Stand der Verhandlungen

Schwache Hoffnung auf Verständigung.

T.U. Berlin, 13. Aug. Bei den Besprechungen Hitlers mit dem Reichswehrminister und dem Reichskanzler ist es zu einer Einigung bisher nicht gekommen, da Adolf Hitler auf der restlosen Erfüllung aller seiner Wünsche besteht. Es besteht somit nur noch geringe Aussicht, daß es bei dem für die frühen Nachmittagsstunden vorgesehenen Besuch Adolf Hitlers beim Reichspräsidenten diesem gelinge, Adolf Hitler von der Richtigkeit und Triftigkeit der Gesichtspunkte zu überzeugen, die für die Ablehnung seiner weitgehenden Forderungen maßgebend sind.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

Durchsuchungen bei der KPD.

Hamburg, 12. Aug. Seit Freitag früh ist die politische Polizei in ganz **Hamburg** mit Durchsuchungen bei kommunistischen Parteiangehörigen, in kommunistischen **Parteibüros und Parteilokalen** beschäftigt. Die Durchsuchungen stehen in unmittelbarem Zusammenhang mit der vor drei Tagen erfolgten Aushebung des Rot-Frontkämpferbundes in Hamburg. Gegen Mittag wurde das Parteibüro der KPD. am Valentinskamp überraschend durch ein großes Polizeiaufgebot besetzt. Ferner durchsuchte man bei dieser Gelegenheit auch die Redaktion der Hamburger Volkszeitung. Gegen 13 Uhr wurde das Büro der Antifa in der Kaiser-Wilhelm-Straße besetzt. Auch hier setzte die Polizei ein größeres Aufgebot an Beamten ein und sperrte auch die Straßenzugänge, um Zusammenstöße und Zusammenrottungen während der Durchsuchung zu verhindern.

Auch in **Kiel** unternahm ein größeres Polizeiaufgebot eine Haussuchung in den Räumen der Norddeutschen Zeitung und der Unterbezirksleitung Kiel der KPD. vor. Es wurden eine größere Anzahl von Flugschriften und Ausgaben der Norddeutschen Zeitung beschlagnahmt. Auch zahlreiche Flugschriften wurden von den Beamten mitgenommen. Die im Gebäude anwesenden Personen wurden vorläufig festgenommen.

Zu den Haussuchungen bei den Berliner Kommunistenorganisationen.

T.U. **Berlin,** 12. Aug. Zu den am Freitag mittag vorgenommenen Haussuchungen bei allen Berliner kommunistischen Organisationen und Büros wird von zuständiger Stelle mitgeteilt, daß über das Ergebnis der Haussuchungen zunächst noch keine Mitteilung gemacht werden könne. Man sei zunächst damit beschäftigt, das umfangreiche beschlagnahmte Material zu sichten.

Die Pressestelle beim Reichskomitee der Revolutionären Gewerkschaftsopposition erhebt in einer Erklärung „flammenden Protest" gegen die Maßnahmen der Polizei, die anscheinend direkt im Auftrage der Reichsregierung durchgeführt worden seien. Die Bourgeoisie glaube durch diese Maßnahme den Widerstandswillen der Arbeiterschaft gegen den neuen Lohnabbau und gegen die Uebernahme der Regierung durch die rechtsstehenden Minister ersticken zu können.

Polizeiaktion gegen die K.P.D. in Preußen.

T.U. **Berlin,** 12. Aug. Auf Anordnung des preußischen Ministers des Innern wurden am Freitag in ganz Preußen Durchsuchungen bei den Geschäftsstellen, sowie bei führenden Mitgliedern der K.P.D. und der ihr angeschlossenen Organisationen, insbesondere bei dem Roten Massenselbstschutz und der antifaschistischen Aktion vorgenommen. Aus verschiedenen Städten liegen bereits die Ergebnisse dieser Haussuchungen vor. In Köln wurden außer umfangreichem Schriftenmaterial auch Waffen gefunden. In Koblenz wurde ebenfalls umfangreiches Schriftenmaterial sichergestellt. Auch wurden vereinzelt Waffen und Schlaginstrumente beschlagnahmt. In Kiel wurden verschiedene Schuß-, Hieb- und Stichwaffen gefunden. Bei den Haussuchungen in Stettin wurde einiges Schriftenmaterial zutage gefördert, das unbedeutenden Charakter trug. In Hannover wurde kein belastendes Material gefunden.

Ein Erlaß Brachts gegen sittliche Entartungserscheinungen

T.U. **Berlin,** 12. Aug. Amtlich wird mitgeteilt: Die Reichsregierung ist in ihrer Regierungserklärung für die Wahrung christlicher Grundsätze im Staatsleben eingetreten. In Uebereinstimmung hiermit hat sich der Reichskommissar Bracht entschlossen, kulturellen Zersetzungserscheinungen im äußeren Bilde, vor allem der Großstädte, im Rahmen des Möglichen entgegenzutreten. Insbesondere ist es die schamlose Herabsetzung der Frauenehre und Frauenwürde, die als ethische Entartungserscheinung christl. deutscher Volkskultur, Volkssitte u. Volkssittlichkeit zuwiderläuft. Es sind deshalb zunächst grundsätzlich alle Nacktdarstellungen in Theatern u. Revuen, Kabaretts usw. ebenso verboten, wie die Versuche, durch weibliche Personen in dürftigster Kleidung einen Anreiz zum Besuch von Schankstätten auszuüben. Deutsche Frauen, nur mit dem Badekostüm bekleidet, durch Preisgerichte oder ein vielhundertköpfiges Publikum auf ihre körperlichen Reize abtaxieren zu lassen, um sie dann als Schönheitskönigin usw. zu prämiieren, ist ein Zeichen kulturellen Niederganges. Derartige Dinge werden daher in Zukunft verhindert werden.

Das Badeleben an unseren Strömen und Seen hat Formen angenommen, die z. T. nichts mehr zu tun haben mit der begrüßenswerten Forderung nach Licht, Luft und Sonne. Klagen aus dem Auslande zeigen, daß derartige Zustände auch dem deutschen Ansehen im Ausland abträglich sind. Der Reichskommissar hat daher das Nacktbaden und den Besuch von Gaststätten in Badebekleidung — soweit sie nicht unmittelbar mit dem Badestrand in Verbindung stehen — verboten. Er hat außerdem die Polizei angewiesen, gegen ärgerniserregendes Benehmen nachdrücklicher wie bisher einzuschreiten.

Sogenannten Freikörperkulturschulen war es möglich, in großen Theatern Berlins vor Tausenden von Zuschauern gymnastische Nacktvorführungen von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen beiderlei Geschlechts unter dem Zeichen der Anbahnung einer neuen „proletarischen Kultur" zu zeigen. Das deutsche Volk lehnt in seiner großen Mehrheit eine derartige „Kultur" ab und es werden solche Darbietungen in Zukunft verhindert werden.

Die Polizei ist ferner angewiesen, dem Straßenbild verschärfte Aufmerksamkeit zuzuwenden, um auch dort auftauchenden unerträglichen Auswüchsen entgegenzutreten.

Durchführungsbestimmungen zu dem Erlaß Dr. Brachts.

T.U. **Berlin,** 13. Aug. Für den heutigen Samstag rechnet man, wie der „Lokalanzeiger" erfährt, mit der Bekanntgabe von neuen Anweisungen des preußischen Innenministeriums an die Polizei hinsichtlich Vorgehen gegen Terrorakte und auch zur Ausführung des neuen Erlasses gegen sittliche Entartung.

Deutschland

Empfänge beim Reichspräsidenten

Berlin, 12. Aug. Der Herr Reichspräsident empfing am Freitag vormittag den zum deutschen Gesandten in Adis-Abeba (Abessinien) ernannten **Freiherrn v. Schoen.** Ferner empfing der Herr Reichspräsident heute den Polizeipräsidenten von Berlin, **Dr. Melcher,** zur persönlichen Meldung.

Gedenkfeier an der Stätte der Seeschlacht von Falkland

Berlin, 12. Aug. Auf dem Schlachtfelde von Falkland hat der Kreuzeru „Karlsruhe" am 9. August eine Gedenkfeier abgehalten, wobei zu Ehren der Gefallenen ein großes Eisernes Kreuz versenkt wurde. Es war mit einer Schleife geschmückt, die das Eiserne Kreuz trug, das dem Grafen Spee seinerzeit als Auszeichnung zuerkannt worden war.

Aenderung des preußischen Landes- und Gemeinde-Verwaltungsrechts geplant.

T.U. **Berlin,** 13. Aug. Der „Vorwärts" behauptet, die preußische Staatsregierung plane die Herausgabe einer Notverordnung, die auf einen „Entwurf über die Aenderung des Landesverwaltungsrechts, des Gemeindeverwaltungsrechts und des Polizeiverwaltungsgesetzes" beruhe, der den einzelnen Ministerien zur Aeußerung vorliege. Dieser Entwurf sehe zunächst die Bildung eines „Staatsausschusses zur Mitwirkung bei bestimmten Angelegenheiten der Landesverwaltung" vor, bei dessen Zusammensetzung der Landtag vollständig ausgeschaltet werde.

Tränengasanschläge in den Warenhäusern Tietz und Woolworth in Krefeld.

T.U. **Krefeld,** 12. Aug. Bis jetzt noch nicht ermittelte Personen schütteten Freitag nachmittag Tränengas in die Warenhäuser von Tietz und Woolworth, was zur Folge hatte, daß Personal und Käufer ins Freie flüchteten. Jeglicher Verkehr war hierdurch auf geraume Zeit lehmgelegt. Die Polizei hat die Ermittlungen sofort aufgenommen.

Anschlag auf die Wohnung eines N.S.D.A.P.-Kreisleiters.

T.U **Halle,** 12. Aug. Vor der Wohnung des nationalsozialistischen Kreisleiters Rost in Sonderhausen ging in der vergangenen Nacht ein Sprengkörper hoch, wobei einige Fensterscheiben zertrümmert wurden.

Mord an einer 19jährigen. — Der Vater der Täter?

T.U. **Berlin,** 12. Aug. In Pankow wurde am Freitag abend die 19jährige Tochter des Schneidermeisters Michalski in ihrem Bett ermordet aufgefunden. Der Tat verdächtig ist ihr 51jähriger Vater, der ihr seit langem nachgestellt hatte und zurzeit flüchtig ist.

Um die Zukunft der Deutschen Staatspartei

Berlin, 12 Aug. Wie das Nachrichtenbüro des V.d.Z. meldet, wird Ende dieses Monats der **Geschäftsführende Vorstand der Deutschen Staatspartei und im Anschluß daran der Gesamtvorstand der Partei zusammentreten,** um für die zukünftige Arbeit an und in der Staatspartei entscheidende Beschlüsse zu fassen. In staatsparteilichen Kreisen wird erklärt, daß die Partei als solche sich bei der letzten Reichstagswahl als **durchaus lebensfähig erwiesen habe;** da sie als einzige der Mittelparteien ohne irgend welche Listenverbindungen sich habe einigermaßen halten können.

Zur Ministerkrise in Schweden

Eine Erklärung der schwedischen Freisinnigen Partei

Stockholm, 12. Aug. Der Exekutivausschuß der **Freisinnigen Partei** erklärt in einem ausgegebenen parteiamtlichen Bericht, daß die Rechnungen der Partei 1931 und 1932 geprüft worden seien. Man habe dabei festgestellt, daß die der Partei von Ivar Kreuger zur Verfügung gestellten beiden Beträge von je 50 000 Kronen der Partei restlos zugute gekommen sind. Der Ausschuß weist daher alle Angaben, die in anderer Richtung gehen, zurück. Die beiden Beträge sind, wie bekannt, nachher an die Konkursverwaltung wieder vollständig **zurückgezahlt worden.** Der ehemalige Ministerpräsident **Ekman** hat seine Posten als Vorsitzender des Vertrauensrates und des Exekutivausschusses der Partei zur Verfügung gestellt.

Piccards Start wegen der Wetterlage verschoben

T.U. **Zürich,** 12. Aug. Im Laufe des Freitag nachmittags wurden auf dem Flugplatz die ersten Vorbereitungen für den Aufstieg Prof. Piccards getroffen. Die Ballonhülle war eingetroffen und wurde bereits ausgepackt. Später stellte sich heraus, daß die Weterlage nicht ganz beständig war und auf Grund der Wetternachrichten, die während der späten Nachmittagsstunden eintrafen, mußte der Aufstieg verschoben werden. Ob er 24 Stunden später vorgenommen werden kann, ist noch ungewiß, da es von der Wetterlage abhängt. Prof. Piccard und sein Begleiter Cosyns sind jedenfalls startbereit.

Bericht des Organisationsausschusses des Piccard-Fluges.

T.U. **Zürich,** 12. Aug. Freitag abend wurde vom Organisationsausschuß des Piccard-Fluges ein längerer Bericht der Presse übermittelt, aus dem besonders hervorzuheben ist, daß bei Berücksichtigung der atmosphärischen Verhältnisse, unter denen der 2. Flug möglich sein wird, vor allem zu beachten ist, daß Prof. Piccard die Absicht hat, acht bis fünfzehn Stunden in der Luft zu bleiben, größtenteils in der Stratosphäre. Während dieser Zeit wird der Ballon bei einer durchschnittlichen Stundengeschwindigkeit von etwa 30 bis 50 Kilometer möglicherweise 700 Kilometer nach einer Richtung hin abgetrieben werden, d. h. die Landung wird in der Gegend der Nord- oder Ostsee oder auch der Adria und des Adriatischen Meeres möglich sein. Deshalb muß auch in Betracht gezogen werden, welche atmosphärischen Verhältnisse nach menschlicher Voraussicht in diesen Gegenden 15 Stunden nach dem für den Aufstieg angesetzten Zeitpunkt zu erwarten sein werden.

Die Meteorlogen rechnen damit, daß die Strömungen in zwei bis drei Tagen vorübergezogen sein werden.

Programmrede Hoovers

Gegen Schuldenstreichung, für Alkoholverbot

Washington, 12. Aug. In seiner mit Spannung erwarteten großen Programmrede bei Annahme der Präsidentschaftskandidatur sprach sich Präsident Hoover am Donnerstag abend für unverminderte Zölle aus.

Bezüglich der **Kriegsschulden** hoffe er, daß Fortschritte durch Abrüstung die Steuerzahler in den Schuldnerländern entlasten und ihnen helfen werde, die Schulden an Amerika zu bezahlen. Er glaube, daß das amerikanische Volk eine Herabsetzung der Schulden erwägen würde, falls ihm an Stelle einer bestimmten Jahreszahlung eine angemessene Entschädigung in Form von Absatzmöglichkeiten, hauptsächlich für landwirtschaftliche Erzeugnisse, gewährt würden.

Auf keinen Fall komme eine Streichung der Schulden oder eine Abwälzung auf die amerikanischen Steuerzahler in Betracht.

Armee und Marine müßten stark genug sein, um einen fremden Einfall zu verhindern. Die Abrüstung dürfe nur unter Beibehaltung dieses angemessenen Verhältnisses geschehen. Die Einwanderung müsse weiter stark vermindert werden.

Den Beitritt Amerikas zum Haager Schiedsgerichtshof unter Wahrung der amerikanischen Handlungsfreiheit befürworte er. Er sei für Aufrechterhaltung des Alkoholverbots, befürworte aber in Uebereinstimmung mit dem Chikagoer Parteiprogramm eine Abstimmung in den Einzelstaaten.

Schurhammers Wein ist tadellos,
Wer ihn versucht, der sagt: Famos!

34. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

Wolter befragte auch den wieder anwesenden Volger, ob er in dem Funkbild die Dame erkenne, die von Wemblin offenbar heiß umworben worden war. Volger erklärte, genau wie Edith Oldenroth, ohne Zögern, daß sie es sei.

Nachdem man ihn noch wegen Einzelheiten über den Nachtklub befragt, wurde er entlassen.

„Sie können gehen, Herr Volger, und besten Dank für Ihre Aussagen. Halten Sie sich aber bereit, falls wir Ihrer nochmals bedürfen."

Der junge Filmschauspieler atmete erleichtert auf, sein Gesicht erstrahlte vor Freude. Wenn er auch reinen Herzens gekommen war, die Befürchtung, vielleicht keinen Glauben zu finden, hatte ihm entsetzlich mitgespielt. Fast herzlich war sein Abschiedsgruß an die Kommissare.

Die Vernehmung von Mia Brennert war mehr Formsache für Wolter, er wollte lediglich bestätigt hören, was Volger angegeben hatte.

Fränkel verzögerte jedoch die Vernehmung durch mehrfache Zwischenfragen, denn die Geschichte mit dem Telephonat war nicht geklärt, es stand nicht zweifelsfrei fest, für ihn wenigstens, ob nicht doch Volger und seine Braut bei Wemblin in Klein-Dolchow angerufen hatten. Die Brennert bestritt es.

Wolter trieb und trieb, um zum Schluß zu kommen. Endlich war auch Mia Brennert entlassen worden.

„Und nun?" fragte Fränkel.

„Jetzt werden wir dem Nachtklub einen Tagesbesuch machen."

Siebentes Kapitel.

Mit allen nur erdenkbaren Umständen hatten die beiden Kommissare auf dem Wege nach der Motzstraße gerechnet, sie eingehend besprochen, so daß sie überzeugt waren, durch nichts überrascht zu werden, und sie wurden es doch, denn daß die zwölf Zimmer umfassende Wohnung plötzlich frei geworden, der Nachtklub aufgeflogen, das hatten sie nicht erwartet.

Die Kunde wurde ihnen von dem Portier des Hauses, dem die Mieter, angeblich ein amerikanisches Ehepaar, mitgeteilt, daß sie einer Erbangelegenheit wegen sofort nach den Vereinigten Staaten zurückkehren müßten. Die Miete war von ihnen bis zu dem letzten Tag bezahlt worden.

Die Kommissare mühten sich, aus dem Portier so viel als möglich herauszuholen, doch der schüttelte immer wieder den Kopf, wußte von nichts und erklärte die beiden Leute für hochanständige Menschen, die bestimmt niemals einen Nachtklub in ihren Räumen beherbergt hätten.

Auf eine telephonische Anfrage beim amerikanischen Konsulat wurde ihnen geantwortet, daß ein Ehepaar Ramslay dort unbekannt sei.

„Der Portier ist bestochen," behauptete Wolter, „denn so naiv ist kein Mensch, zu glauben, daß die Leute so oft harmlose Gesellschaften gegeben hätten. Den Mann werde ich mir vormerken."

„Nun stehen wir wieder am Anfang," knurrte Fränkel, „und jetzt wissen wir überhaupt nicht, wie wir die Spur finden sollen."

In Gedanken gingen sie nebeneinander.

Da kam ein Auto in rasender Fahrt daher. Die Kommissare wurden aufmerksam und sahen gleich darauf wie ihnen die darinsitzende junge Dame lebhaft zuwinkte und dem Chauffeur etwas zurief.

„Das ist doch . . ."

„Fräulein Oldenroth! — Was bedeutet das?"

Die Kommissare beeilten sich, an den haltenden Wagen zu kommen. Edith sprang heraus.

„Ich hab sie gesehen! Ich weiß ihre Adresse!" war das erste, was sie aufgeregt hervorstieß.

Verblüfft standen die beiden Männer vor ihr. Wenn sie natürlich auch sofort geahnt, daß Edith ihnen eine wichtige Nachricht bringen würde, so hatten sie doch nicht im entferntesten damit gerechnet, einen solchen Ausruf von ihr zu hören. Und das in einem Augenblick, wo sie beide von Zweifeln geplagt wurden, welches denn der richtige Weg sei, um die schöne Unbekannte ausfindig zu machen! Fast ungeheuerlich, gänzlich unglaubwürdig klangen ihnen ihre Worte in den Ohren, denn so zuvorkommend erweist sich das Schicksal nur selten, daß es in dem Moment der Hilflosigkeit als gütige Fee eingreift.

Ein Dutzend überstürzte Fragen richteten die beiden an Edith. Sie erfuhren folgendes:

In froher Stimmung, beglückt durch Wolters Worte, daß eine für Werner günstige Wendung eingetreten sei, hatte Edith das Präsidium verlassen, um sich nach der Redaktion zurückzubegeben. Unterwegs fiel ihr ein, daß sie noch ein paar Einkäufe erledigen könnte und so war sie durch die Leipziger Straße gebummelt. Wie sie gerade die Auslagen eines großen Modehauses betrachtete, öffnete sich die Tür und am Arm eines ersichtlich den vornehmen Kreisen angehörenden Herrn, den sie auf dreißig Jahre taxierte, erschien ihre Eisenbahnbekanntschaft. Diese Begegnung kam ihr so überraschend, daß sie wie zur Salzsäule erstarrte, und der Gräfin mit aufgerissenen Augen nachsah. Zum Glück wurde sie von dieser nicht bemerkt. Das Paar bestieg eine auf sie wartende Taxi und fuhr davon. Sofort folgte Edith ihnen in einem eben freigewordenen Wagen bis nach der Hardenbergstraße, wo sie in einem Hause verschwanden, in dem sie nach Aussage des Portiers wohnten. Nun telephonierte sie nach dem Präsidium. Man antwortete ihr, die Kommissare seien nicht anwesend, und wollte nicht mit der Sprache heraus, wo sie zu finden wären, erst auf ihre dringlichen Vorstellungen hin wurde ihr der Bescheid, daß sie nach der Motzstraße gefahren seien.

„Sind Sie auch wirklich ganz sicher, ist kein Irrtum möglich?" fragte Wolter.

„Sie können sich fest darauf verlassen!"

Die Kommissare verabschiedeten sich und eilten schleunigst nach der Hardenbergstraße.

Nun standen sie vor der im ersten Stock gelegenen Wohnung und lasen den auf dem Schild verzeichneten Namen des Wohnungsinhabers: Ellrich, der ihnen vollkommen fremd und keinerlei Aufschluß gab.

Ein junges Mädchen öffnete auf ihr Klingeln und beäugte die beiden Männer mißtrauisch.

(Fortsetzung folgt.)

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg